

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementpreis
vierteljährlich 1 M., durch die Post
bezogen 1 M. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Insertionspreis
10 Pf. pro dreigespaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma H. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion H. A. Berger daselbst.

No. 75.

Dienstag, den 18. September

1894.

Bekanntmachung.

Herr Bezirksthierarzt Schleg in Meissen, welcher zeitlich in Folge Krankheit behindert war, den ihm obliegenden bezirksthierärztlichen Geschäften nachzugehen, nimmt solche vom 15. September lfd. J. ab versuchsweise wieder auf, was hiermit bekannt gemacht wird.
Meissen, am 13. September 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft.
J. B. Meusel.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Kammerei- und Sparkassen-Expedition bleibt dieselbe
Mittwoch, den 19. dieses Monats,
geschlossen.
Wilsdruff, am 15. September 1894.
Der Stadtrath daselbst.
Sicker, Brgmstr.

Zur freundlichen Beachtung!

Die ergebenst unterzeichnete Expedition hat sich entschlossen, die bisher unter dem Titel:

Wochenblatt für Wilsdruff

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen,
für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt

erscheinende Zeitung vom 1. Oktober d. J. ab nicht mehr wie bisher wöchentlich 2 Mal, sondern

3 Mal

mit der wöchentlichen Gratisbeilage

„Illustrierte Unterhaltungsbeilage“

und der vierzehntägigen

„Illustrierten landwirthschaftlichen Beilage“

erscheinen zu lassen.

Der Preis hierfür stellt sich für ein Vierteljahr durch die Post bezogen frei ins Haus auf 1 M. 55 Pf., für die Stadt Wilsdruff durch unsere Expedition bezogen auf 1 M. 30 Pf.; auch nehmen unsere Geschäftsstellen in Kesselsdorf (Postagent Kohl) und Herzogswalde (Kaufmann Jähnichen) Bestellungen gern entgegen.

Durch eine unserer nächsten Nummern werden die geehrten Leser Einsicht in die illustrierten Beilagen nehmen können. Vom 1. Oktober ab kann auch unsere Zeitung 1- und 2monatlich durch die Post wie durch unsere Expedition bezogen werden.

Wie aus Vorstehendem ersichtlich, ist die Redaktion und Expedition dieses Blattes fortgesetzt bemüht, dasselbe auf der Höhe der Zeit zu halten; unser Bestreben wird auch gerichtet sein, unsern Lesern durch politische Zeitartikel und aus der Tagesgeschichte und den vaterländischen Ereignissen stets das Neueste zu bringen; gute und sittlich reine Romane und Novellen sollen namentlich den geehrten Leserinnen reichlichen Stoff bieten, auch der Landwirthschaft hoffen wir nicht allein durch die landw. Beilagen, sondern auch durch andere landwirthschaftliche Berichte Rechnung zu tragen.

Die ergebenst unterzeichnete Redaktion und Expedition erlaubt sich deshalb die geehrten Bewohner der Stadt und des Amtsbezirks Wilsdruff durch recht zahlreiches Neuabonnement um freundliche Unterstützung zu bitten und zeichnet mit größter Hochachtung

Redaktion und Expedition
des Amts- und Wochenblattes für Wilsdruff etc.

Fürst Bismarck und das Reichstagswahlrecht.

Die starke Gegnerschaft, welche dem allgemeinen gleichen Reichstagswahlrecht nicht nur bei einzelnen Parteien, sondern auch vielfach in der öffentlichen Meinung erwachsen ist, indem die Gegner annehmen, daß das gleiche Reichstagswahlrecht nicht nur politisch ungerecht sei, sondern auch zu unerhörten Mißbräuchen Anlaß gäbe, hat den Altreichskanzler Fürst Bismarck, den Vater des Reichstagswahlrechts in den schicksalsschweren Jahren 1866/67, veranlaßt zu dieser Frage Stellung zu nehmen, denn die dem Fürsten Bismarck publicistisch zur Verfügung stehenden „Hamburger Nachrichten“ erörtern diese Angelegenheit in einem Artikel, welcher entweder vom Fürsten Bismarck verfaßt oder doch von demselben inspirirt worden zu sein scheint. Es ist bekannt, daß Fürst Bismarck bei der Vollendung seines großen Werkes der nationalen Einigung Deutschlands nicht nur die Stärkung der Macht Preußens und die Erreichung der leitenden Stellung für dasselbe in Deutschland zum Ziele hatte, sondern daß er bei diesem Einigungswerke auch die Erfüllung aller berechtigten nationalen Forderungen gewähren wollte, um auf diese Weise alle einsichtigen Volksgenossen mit dem Werke Preußens unter der diplomatischen Führung des Fürsten Bismarck auszuföhnen. Zu diesen Forderungen gehörte aber seit dem Sturm- und Drangjahre von 1848 eine allgemeine deutsche

Volkvertretung, also ein Reichstag, den man sich, um mit den damaligen feudalen Reaktionsgelüsten gründlich aufzuräumen, „nur hervorgegangen aus den allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen“ vorstellen konnte. Die „Hamburger Nachrichten“ erklären daher auch in dem erwähnten Artikel, daß es in der damaligen Situation (1866/67) sehr bedenklich erschienen wäre, von den deutschen nationalen Forderungen, wie sich solche bereits im Frankfurter Parlamente gestaltet hatten, abzugehen und namentlich gar die Beteiligung der deutschen Nation an ihren Wahlen in dem großen Augenblicke, wo eine entscheidende Erklärung notwendig war, irgendwie zu verkürzen oder herunter zu handeln. Ferner wird in dem Artikel hervorgehoben, daß bei der Annahme des Frankfurter Programms von 1848 der Gedanke maßgebend war, daß vor Allem zunächst die deutsche Einigkeit und ihre europäische Anerkennung, also bei allen Großmächten, sicher zu stellen sei. Dabei konnte bei dem hastigen, Bauen der deutschen Einigkeit nicht immer geprüft werden, ob jeder zum Bau verwandte Stein auf die Dauer halten werde. Es bestand ja auch die Ueberzeugung, daß das deutsche Volk intelligent und selbstständig, klug und besonnen genug sein werde um bei der ersten Gründung des Reiches geschaffene, aber später nicht passende Einrichtungen nach eigenem Ermessen, das heißt auf den Wunsch der Volkvertretung zu verbessern. Damit gesteht aber Fürst Bismarck, der Schöpfer des jetzigen

Reichstagswahlrechtes zu, daß dasselbe unter Umständen geändert werden muß. Wir dürfen aber hinzufügen, daß die Notwendigkeit der Wahlgesetzreform entschieden noch nicht erwiesen ist.

Tagesgeschichte.

„Das Volk will seinen Kaiser sehen, und der Kaiser sein Volk.“ Daß es unser Kaiser nicht gern hat, wenn seine nächste Umgebung gänzlich abgesperrt und dem Publikum die Möglichkeit genommen wird, ihn zu sehen, geht aus folgender Mittheilung der „Königsberger Hart. Hg.“ hervor: In dem Wandvergelände des 17. Armeekorps hatten sich am Sonnabend an verschiedenen Stellen viele Personen eingefunden, um den Kaiser zu sehen. Zu diesem Zwecke hatte sich auch auf jenem Berge, auf dem der Kaiser die Kritik nach Beendigung des Wandvers abhielt, ein größeres Publikum angeammelt. Als der Kaiser nun bemerkte, daß man, dem Publikum den Aufenthalt in seiner Nähe nicht gestatten wollte, wehrte er diesem Beginnen und äußerte zu einem Stabsoffizier: „Das Volk will seinen Kaiser sehen, und der Kaiser sein Volk.“

Der Besuch, welchen am gestrigen Sonntag 1400 deutsche Männer aus der Provinz Posen dem Fürsten Bismarck in seinem Hinterpommer'schen Tusculum Barzin abgestattet haben, bildet das jüngste Glied in jener imposanten Reihe erhebender Huldigung, die dem Altreichskanzler seit seinem Rücktritte aus weiten Kreisen des deutschen Volkes dargebracht worden sind. Wie alle vorangegangenen Massen-Deotionen für den greisen Schloßherrn von Friedrichsruhe und Barzin, so stellt auch die Huldigungsfahrt der posener Deutschen ein neues Zeugniß der unauflöshlichen Liebe, Verehrung und Dankbarkeit dar, welche die ungeheure Mehrzahl unseres Volkes dem eigentlichen Schöpfer des deutschen Reiches nach wie vor entgegenbringt. Lediglich unter diesem Gesichtspunkte waren alle früheren Massen-Huldigungen für den Altreichskanzler zu betrachten und ganz in dem nämlichen Sinne muß auch das Erscheinen der Vertreter des Deutschthums in der Provinz Posen beim früheren Kanzler aufgefaßt werden. Darum bedeutet auch der Vorgang keine politische Demonstration, mit der Politik an sich haben ebensowenig die früheren Volksdeotionen für den Altreichskanzler etwas zu schaffen gehabt, die die und da zu hörende Auslegung, als ob der Besuch der posener Deutschen in Barzin irgendeine bestimmte politische Spitze aufweist, bedarf deshalb wohl keiner besonderen Widerlegung. In den Herzen aller patriotischen Deutschen aber hat die Kundgebung der wackeren Stammes- und Volksgenossen aus Posen ein freudiges Echo geweckt, und glücklicher Weise ist diese allgemeine Freude durch die mancherlei peinlichen Erörterungen, welche sich an der Fahrt der posener Deutschen zum Fürsten Bismarck knüpften, nur vorübergehend getrübt worden.

Haben Staat, Gesellschaft und Arbeitgeber ihre Pflichten gegenüber den Arbeitern versäumt? Wenn man die immer wachsende Verbreitung der Umsturzbewegung in der Arbeiterwelt und die immer zügelloseren und gewalthätigeren Formen, in denen sie zum Ausdruck kommt, erwägt, so könnte man manchmal irre werden, ob es sich noch verlohnt, weitere Versuche zu machen, einen Ausgleich der Gegensätze auf glücklichem Wege herbeizuföhren. Das Deutsche Reich ist allen anderen vorangegangen in dem Ausbau einer ungemein großartigen und wohlthätigen Versicherungsgesetzgebung gegen Betriebsunfälle, Krankheiten, Alter und Invalidität. Kein Kulturstaat hat dergleichen je gewagt und wird so leicht im Stande sein, es nachzuahmen. Unsere Arbeiterschutzgesetzgebung genügt allen berechtigten und ausführbaren Ansprüchen, Kinder und Frauen sind hinlänglich geschützt, erwachsene Arbeiter nicht überlastet. Die Selbst-